

03.12.2014 17:19

Lfd. Nr.	Aus- schuss	E=Erträge A =Aufw.	PG	Produkt/Auftrag Kosten- stelle	Sachkonto	Bud- get	Text	Entwurf 2015 EUR	Verwaltungs- vorschlag 2015 EUR	Veränderungen EUR	Anlage / Antrag Nr.	Antrag beschl./abgel./erl. durch/am	FWV	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige Antragst.	Antragsteller/ Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
21	SGA	A	3180	P318002	431805xx	TH 21	TH 21 Sozialticket	0	0	0	Die Linke 11/4	SGA 24.11.14							0	Einführung eines kreisweiten Sozialtickets mit 50 % Zuschuss auf reguläres VVS-Ticket.Keine Betragsnennung möglich eine Berechnung des VVS für die Kosten eines Sozialtickets gibt es nicht. Einzelne Kommunen bezuschussen heute breits VVS Tickets im Orts- und Stadtverkehr als Freiwilligkeitsaufgabe. (z.B. Stadt Holzgerlingen). SGA 24.11.2014: Bericht der Verwaltung über die Erfahrungen mit dem Sozialticket der Stadt Stuttgart nach 1 bis 1,5 Jahren (06/16).
22	SGA	A	3180	P318002	431805xx	TH 21	TH 21 Förderung sozialen Wohnbaus	0	0	0	Die Linke 11/2	SGA 24.11.14							0	Schaffung von sozialem Wohnraum SGA 24.11.2014: Fachtag der Kommunalen Wohnbaugesellschaften und Träger Freier Wohlfahrtspflege wird zugesagt.
23	UVA	E	5420	831077002	68110000	TH 31	K 1077 Radweg OD Ehningen Zuw. des Landes	300.000	300.000	0	FWV 6/12	UVA 01.12.14 abgel. Änderungsbeschluss:	-300.000							FWV: Die Maßnahme soll zurückgestellt werden und kostengünstigere Alternativen untersucht werden. Vor einer Umsetzung ist das kreisweite Konzept in der Arbeitsgruppe Radverkehr vorzulegen und zu beraten.
24	UVA	A	5420	831077002xxx	68110000	TH 31	K 1077 Radweg OD Ehningen sonstige Baumaßnahmen	600.000	600.000	0	FWV 6/12	Sperrvermerk. Entscheidung und Zweckbestimmung nach Priorisierung der Projektgruppe Radwegekonzept.	-600.000							Verwaltung: Abstimmungsgespräch zwischen Amt für Straßenbau u. Stabstelle Tourismus, welche Maßnahmen aus dem vorliegenden Radwegekonzept im HHPlan 2015 umgesetzt werden könnten. Da das Radwegekonzept noch nicht beschlossen worden ist wurden in erster Linie diejenigen Maßnahmen betrachtet, die auf der Prioritätenliste des Planungsbüros an oberster Stelle stehen. Ein geringer Planungsvorlauf für 2015 wurde zudem angestrebt. Im Ergebnis hat man sich auf die Maßnahmen an der K 1077 abgestimmt, die zudem Bestandteil des Landesradwegenetzes sind. Die angesetzten Kosten entsprechen der Kostenschätzung des Planungsbüros VIA inkl. eines Risikozuschlags und der Umsatzsteuer. Aus Sicht des Amtes für Straßenbau ist es sinnvoll dieses Projekt zunächst zurückzustellen, zu prüfen und im Nachgang die Projekte mit einer weiteren Umsetzungspriorisierung zu versehen. Hinweis: K 1066 Radweg Deufringen - Kreisgrenze: Bei einer Straßensanierung im Rahmen des Straßenentwicklungsprogramms wird ein straßenbegleitender Radweg aus Synergieeffekten mit
25	UVA	A	5470	30025102	44530030	TH 30	TH 30 ÖPNV Zuschüsse ÖPNV-Maßnahmen	5.530.000	4.490.000	-1.040.000										Verwaltung: Veröffentlichung Haushaltsplan 2015 VRS, Ansatzkorrektur vom 20.11.14 durch VRS Änderungsmitteilung. Hinweis: Die Verbesserung gegenüber der Einbringung des Planentwurfs ist im Zusammenhang mit lfd. Nr. 9 zu sehen. Die Verbesserung beläuft sich dann auf 621.000 EUR. Gegenüber den Planansätzen 2014 ergibt sich eine Steigerung von 766.000 EUR. Die nicht mehr über die Verkehrumlage SK 44530010 finanzierten Kosten werden unmittelbar von den Verbundlandkreisen übernommen und über das Sachkonto 44530030 finanziert.
26	VFA	A	div.	div.	42110000	TH 13	TH 13 Gebäudewirtschaft Budget Gebäudeunterhaltung	7.159.000	7.159.000	0	FWV 6/8 Nr. 1		-1.000.000							Verwaltung: Verringerung Gebäudeunterhaltungsprogramm Kreisgebäude Anl. 12 S. 430 HHPL Die Einsparung bedeutet die Streichung einzelner, notwendiger Sanierungs-/Unterhaltungsmaßnahmen, die auf Wunsch der Schulleitungen aufgenommen wurden. Eine Kommunikation mit den Schulleitungen der betroffenen Schulen muss erfolgen.
27	VFA	A	3630	P363002	43180620	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung Impulsprogramm Schulsozialarbeit	600.000	600.000	0	FWV 6/2 CDU 7/13	JBA 24.11.14 abgel.	-600.000	-600.000			-600.000			
28	VFA	A	5750	K5750004/ K5750005	42910000	TH 42.2	TH 42.2 StabstelleTourismusförderung Heimmattage/ Regionalmesse	353.000	353.000	0	FWV 6/9 FDP 10 Nr. 5		-100.000				-170.000			FWV: Keine Teilnahme am Bewerbungsverfahren Heimmattage Baden-Württemberg und keine Planungen für eine Regionalmesse. FDP: Kürzung Tourismusförderung um 10 Prozent.
29	VFA /SGA	A	div.	div.	40xxxxxx	div.	Personalaufwand	63.567.363	63.745.563	178.200	FWV 6/10 SPD 8/1 Nr. 4 Die Grünen 9/2	SGA 24.11.14	-100.000							FWV: Globale Minderausgabe Personalaufwand 100.000 EUR. Verwaltung: Der Verwaltungsvorschlag kalkuliert einen zusätzlichen Stellenbedarf von 3,0 VZ ein. Darin enthalten ist die Koordinierungsstelle Ehrenamtlicher. Der Antrag der FWV würde den Ansatz der Personalkosten auf 63.645.563 EUR absenken. SPD: Schaffung einer neuen Stelle für Flüchtlingsbetreuung ggf. haushaltsneutral. Die Grünen: Bereitsstellung einer Fachkraft zur Koordination der ehrenamtlichen Hilfe in der Flüchtlingshilfe SGA 24.11.2014: Beschlusstext: 1. 1,0 Stellenanteil für Koordinierungsstelle Ehrenamtlicher. 2. Verwaltung wird ein mit den kirchlichen Trägern abgestimmtes Konzept vorlegen.
30	VFA	E	6110	P6110	31510000	TH FB	TH FB Zuw. des Landes a.d. Aufkommen Grunderwerbsteuer	20.000.000	20.000.000	0	FWV 6/1 Nr. 2 CDU 7/13 SPD 8/1 Die Grünen 9/8		2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000				
31	VFA	E	6110	P6110	3xxxxxxx	TH FB	Rücklagenentnahme Ergebnisverbesserung 2013 und 2014													FWV: Ergebnisverbesserung 2013 mit 3 Mio. EUR und 2014 mit 3. Mio. EUR soll zur Gegenfinanzierung der Kreisumlagesenkung 2015 verwendet werden. Verwaltung: Das Finanzierungskonzept zur Haushaltsplanung 2015 bis 2018 basiert auf dem Abbau der Liquidität und der Entschuldung des Kreises um für die Zukunftsaufgaben eine bessere Position zu erreichen. Die Ergebnisverbesserung 2013 ist in dieser Betrachtung bereits berücksichtigt. Für 2014 sind noch keine abschließenden Aussagen über das endgültige Ergebnis möglich, da noch Risiken wie der Aufwand der Flüchtlingsunterbringung nicht absehbar sind und das Haushaltsjahr 2014 bis einschließlich 30.06.2015 belastet werden kann. Eine Zweckbindung der Ergebnisse 2014 wäre deshalb verfrüht. Eventuelle Ergebnisverbesserungen können entsprechend Anl. 7/8 CDU zur Ansparung der Rücklage des Eigenbetriebes zur Finanzierung des Klinikneubaus verwendet werden. Ein entsprechender Beschluss wäre zu fassen.
32	VFA	E	3140	P31400101	34810000	TH 21	TH 21 Soziales: Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer	3.184.000	3.184.000		FWV 6/1 Nr. 4		1.000.000							FWV: Deckungsvorschlag für Kreisumlagesenkung durch erwartete Verbesserung der vom Land gewährten Flüchtlingshilfen. Verwaltung: Eine Erhöhung der Pauschalen für die Flüchtlingshilfe wurde moderat eingeplant. Nach Rückfragen beim Landkreistag ist nicht abzusehen, wie eine Erhöhung tatsächlich aussieht. Es handelt sich hierbei lediglich um eine Absichtserklärung. Nach dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Klarheit, dürfen nur Ansätze eingeplant werden, die auch tatsächlich eintreten. Nicht zutreffenden Ansätze gefährden außerdem den Haushaltsausgleich.
33	VFA	E	5210	P5210	31310000	TH 40	TH 40 Bauen und Gewerbe Gebühren untere Verwaltungsbehörde	1.595.900	1.595.900		FWV 6/1 Nr. 4		300.000							

Lfd.	Aus-	E=Erträge	PG	Produkt/Auftrag	Sachkonto	Bud-	Text	Entwurf	Verwaltungs-	Veränderungen	Anlage /	Antrag								Antragsteller/
Nr.	schuss	A =Aufw.		Kosten-		get		2015	2015		Antrag Nr.	beschl./abgel./erl.	FWV	CDU	SPD	Bündnis 90/	FDP	DIE LINKE	Sonstige	Bemerkungen
				stelle				EUR	EUR	EUR		durch/am				Die Grünen			Antragst.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
34	JBA	A	2150	P21500301	43180xxx	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung Förderung auswärtiger Schüler an Gemeinschaftsschulen	0	0	0	FWV 6/1 Nr. 4	JBA 24.11.14 beschl.	30.000							
35	JBA	A	3620	P362001	43180xxx	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung	0	0	0	FWV 6/13 Nr. 2	JBA 24.11.14 beschl.	100.000							FWV: Erhöhung für Freie Träger Verwaltung: Mit Zweckbindung an Freie Träger laut Beschluss des JBA. Siehe auch KT-Drucks. 251/2014
36	VFA	A	1280	P1280	42510000	TH40 Katastroph enschutz	TH 40 Bauen und Gewerbe: Zuschuss Unterhalt der Fahrzeuge	0	0	0	FWV 6/11		10.000						10.000	Verwaltung: Nach den gesetzlichen Vorschriften sind das Land bzw. die Träger der Katastrophenhilfe für die Finanzierung des Katastrophenschutzes zuständig. Für den Landkreis wäre dieser Zuschuss eine Freiwilligkeitsleistung. Eine einmalige Zuwendung wäre überlegenswert.
37	VFA	A	4110	741101001200	78710000	TH FB	TH FB Zuführung Eigenbetrieb Kliniken	9.000.000	9.000.000	0	FWV 6/1		4.000.000							Antrag CDU 7/8: Beschluss des Kreistags über die Mittelfristige Finanzplanung: jährlich 3,0 Mio EUR bis 2022 für den Klinikneubau anzusparen Verwaltung: Für den Kauf des Grundstücks auf dem Flugfeld sind in den Jahren 2015 und 2016 voraussichtlich 16 Mio. EUR vorgesehen. Eine erste Rate von 8 Mio. EUR soll durch die Rücklagenverwendung des Eigenbetriebs realisiert werden. Darin enthalten ist die Rücklagenzuführung an den Eigenbetrieb 2015 in Höhe von 3 Mio. EUR. Die Restzahlung 2016 müsste dann in voller Höhe aus dem Kreishaushalt finanziert werden. Zur zusätzlichen Rücklagenansparung müssten weitere Mittel 2016 eingeplant werden. Die Liquidität des Landkreises müsste entsprechend gegenfinanziert werden.
38	VFA	E	6110	P6110	31820000	TH FB	TH FB Kreisumlage der Gemeinden	182.607.500	182.607.500	0	FWV 6/1 Nr. 1 CDU 7/13 SPD 8/1 Die Grünen 9/8		-5.034.300	-4.118.950	-4.118.950	-2.288.298				FWV 38,8 v.H. Gegenfinanzierung Ergebnisse 2013 u. 2014 CDU 39,0 v.H. Gegenfinanzierung u.a. Erhöhung Grunderwerbsteuer SPD 39,0 v.H. Gegenfinanzierung Erhöhung Grunderwerbsteuer, Verringerung ÖPNV-Umlage Bündnis 90/DIE GRÜNEN 39,4 v.H. Gegenfinanzierung Grunderwerbsteuer

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
1	VFA	CDU Anl.7/3 identisch mit Anl. 7/6	DEZ 1 / 11	Haushaltsplanung 2015 / Mittelfristige Finanzplanung: Die Auswirkungen der Steuerschätzung vom 06.11.14 sind für die Haushaltsplanung 2015 und die Mittelfristige Finanzplanung darzustellen.	Siehe Ziffer 1 Finanzanträge. Die Auswirkungen werden in der Mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsbeschlusses vorgelegt.	
2	VFA	CDU Anl.7/5	DEZ 1 / 11	Verpflichtungsermächtigungen: Anlage 2 des Haushaltsplans 2015 ergänzen: Den in der Anlage 2 genannten Verpflichtungen sind die Projekte gegenüberzustellen.	Wird zugesagt.	
3	VFA	Freie Wähler Anl. 6/3	DEZ 1 / 11 u. BTM	Krankenhausfinanzierung: Erfahrungswerte anderer Standorte erkunden und prüfen. Es ist zu klären, in welcher Form sich die Umsetzung des medizinischen Konzeptes im Landkreis Böblingen angesichts der sich laufend veränderten Kliniklandschaft auf die zukünftige Kostenentwicklung auswirken wird.	Wird zugesagt.	
4	VFA	CDU Anl. 7/1	DEZ 1 / 11 u. BTM	Krankenhausfinanzierung: 1. In welcher Organisationseinheit soll der Krankenhausneubau finanziert und abgewickelt werden? 2. Vorlage eines strukturierten Projektauftrages (grobe Projektplanung) für die Bereiche Grundstückserwerb, notwendige Inhalte des Bebauungsplans, Grobplanung des Gebäudes. 3. Ist zu Ziffer 2 die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Aufsichtsrats/Kreistags vorgesehen? (Details: siehe Antrag)	Bericht wird zugesagt.	
5	VFA	CDU Anl. 7/2	DEZ 1 / 11 u. BTM	Finanzierung der Investitionen in die Kliniken und in die Schönbuchbahn: 1. Die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der anstehenden Investitionen in die Krankenhäuser und in die Schönbuchbahn auf den Kreishauhalt sind bis 2022 darzustellen. 2. Die Finanzierung des möglichen Neubaus eines Krankenhauses auf dem Flugfeld nach dem Ausstieg der Stadt Sindelfingen und der Entscheidung des Landeskrankenhausausschusses ist aufzuzeigen.	Wird zugesagt.	
6	VFA	CDU Anl. 7/8 FDP Anlage 10 Nr. 1	DEZ 1 / 11 u. BTM	CDU: Eigenkapital für die Finanzierung der Investitionen in die Kliniken: 1. Für die Finanzierung des Krankenhausneubaus auf dem Flugfeld ist Eigenkapital anzusparen. 2. Ab dem Haushaltsjahr 2014 sind aus guten Rechnungsergebnissen Haushaltsmittel der Rücklage zuzuführen. FDP: Verwendung der über den Ansatz hinausgehenden Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer 2014 als Rücklage für Klinikinvestitionen.	Zu CDU: siehe Finanzanträge Ziffer 37. Zu FDP: Eine eine einzelne Zweckbindung der Allgemeinen Deckungsmittel wie die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer ist aus Gründen des Haushaltsgrundsatzes der Gesamtdeckung nicht möglich.	
7	VFA	Freie Wähler Anl. 6/4	DEZ 1 / 14	EDV-Kosten IUK und Service: Die EDV Projekte sind ausführlich zu erläutern und im VFA vor der Umsetzung zu berichten bzw. zu beschließen.	Wird zugesagt.	
8	VFA	Freie Wähler Anl. 6/6	DEZ 1 / 13	Bericht zu Reinigungsleistungen, die in Kreiseinrichtungen erbracht werden: Ein detaillierter Bericht zur Vergabe von Reinigungsleistungen ist vorzulegen und zu prüfen, ob diese Reinigungsleistungen zumindest teilweise über die Service-GmbH des Klinikverbundes abgewickelt werden können.	Wird zugesagt. Die bisherige Vorgehensweise bei den Ausschreibungen wurde im Organisationsgutachten bestätigt. Zur Zeit werden Verhandlungen mit der Service-GmbH geführt. Bei 2 Vergleichsobjekten ist eine Fremdvergabe bisher deutlich wirtschaftlicher.	
9	VFA	Freie Wähler Anl. 6/8 Nr. 2 u. Nr. 3	DEZ 1 / 13	Budget Gebäudeunterhaltung / Kreiseigene Gebäude: Prioritätenliste für die Notwendigkeit und Gewichtung einzelner Maßnahmen. Maßnahmen die im jeweiligen Haushaltsjahr geplant werden, sind zeitnah umzusetzen.	Wird zugesagt.	
10	VFA	DIE LINKE	DEZ 1 / 11	Abbildung des Teilhaushalts Flüchtlingshilfe als Schlüsselposition im Haushaltsplan	Wird zugesagt.	
11	VFA	DIE LINKE	DEZ 1 / 11	Änderung der Bezeichnung "behinderte Menschen" in " Menschen mit Behinderung" im Haushaltsplan 2015	Im Kommunalen Produktplan BW ist dieses Produkt so tituliert. Die Verwaltung wird die Bezeichnung entsprechend abändern.	
12	VFA	DIE GRÜNEN Anl. 9/6	DEZ 1 / 12	Stärkung des Programms "ÖPNV-Zuschuss an Bedienstete": 1. Eine Darstellung der bisherigen Maßnahmen und der Förderung (Kosten, Nutzerzahlen, eine beispielhafte Darstellung der Auswirkungen auf das Nettoeinkommen der Nutzer). 2. Eine Darstellung, ob die Arbeitgeberzuschüsse für die Bediensteten nach § 40 Abs. 2 Satz 2 des Einkommenssteiergesetzes mit 15 % pauschal versteuert werden. 3. Die Fortsetzung und Intensivierung der Bemühungen, möglichst viele Bedienstete von den Vorzügen des ÖPNV zu überzeugen.	Wird zugesagt.	

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
13	UVA	CDU Anl. 7/7	DEZ 3 / 30	1. Zweckverbände Nebenbahnen: Einzeldarstellung der Betriebskostenumlagen der Zweckverbände Schönbuch-, Ammertal- und Strohgäubahn. Letztere nach positivem Kreistagsbeschluss(Sachkonto 44530020) 2. Leistungen der Verbundstufe II: diese sind im Einzelnen betragsmäßig darzustellen (Sachkonto 44530030)	1. Betriebskostenumlage Nebenbahnen ZVS: 3,0 Mio. EUR ZÖA: 0,494 Mio. EUR Strohgäubahn 0,03 Mio. EUR 2. Leistungen der Verbundstufe II: 6,925 Mio. EUR Direkte Leistungen: 2,289 Mio. EUR Indirekte Leistungen: 4,636 Mio. EUR	
14	UVA	CDU Anl.7/10	DEZ 3 / 30	Fianzierung innerörtlicher Busverkehre: 1. Darstellung, in welchen Städten und Gemeinden der Landkreis Busverkehre zur innerörtlichen Erschließung bestellt hat. 2. Begründung, warum diese bestellten innerörtlichen Verkehre vom Landkreis bezahlt werden. 3. Begründung, warum andere innerörtliche Verkehre von den dortigen Gemeinden/Städten bestellt u. bezahlt werden.	Ziffer 1. und 2 erledigt durch KT-Drucks. 192/2014 Ziffer 3. siehe KT-Drucks. 180/2014	
15	UVA	CDU Anl. 7/11	DEZ 3 / 30	Verlängerung der Buslinie 752 von Ehningen nach Aidlingen: 1. Die Buslinie 752 Holzgerlingen-Altldorf-Hildrizhausen-Ehningen ist nach Aidlingen zu verlängern. 2. Die Voraussichtlichen Kosten sind darzustellen. 3. Sieht die Landkreisverwaltung Einsparpotentiale bei den Buslinien, die der Kreis zu finanzieren hat?	erledigt durch KT-Drucks. 50/2011 Sachverhaltsbeurteilung unverändert, grobe überschlägige Angabe für zusätzlichen Bus ganztägig: Betriebskosten 200.000 EUR, nur in HVZ 100.000 EUR Ziffer 3: siehe KT-Drucks. 180/2014	
16	UVA	CDU Anl. 7/12	DEZ 3 / 30	Definition des Basisangebots u. Finanzierung der Busverkehre: 1. Darstellung des vorgesehenen Basisangebots des Landkreises für flächendeckende ÖPNV-Erschließung in Abgrenzung zu kommunalen Angeboten der Gemeinden u. Städte 2. Darstellung/Vergleich der künftigen Finanzierung des Busangebots im landkreis zur seitherigen Finanzierung. 3. Darstellung möglicher Einsparpotentiale der Buslinien im Kreis	erledigt durch KT-Drucks. 180/2014, Einsparpotentiale ergeben sich bei den anstehenden Vergaben. Ziffer 3: Frage der Finanzierungsabgrenzung siehe KT-Drucks. 180/2014	
17	UVA	Freie Wähler Anl. 6/5	DEZ 3 / 31 / 32	Bushaltestelle K 1063 Einmündung Lehenweiler: Es ist zu prüfen, dass an der K 1063 / K 1003 / Zufahrt Lehenweiler ein sicherer Bushalt geschaffen wird. Eine kommunale Beteiligung ist zu prüfen, Lösungsvorschläge sind zu beraten.	Antrag BMA Aidlingen: Funkampel, damit Busfahrt nach Lehenweiler und dann direkt nach Döffingen möglich ist. Fahrversuch von RBS mit Amt 32 geplant. Nur wenige Fahrgäste/Schüler zur GMS Döffingen betroffen. Alternative, nach der Schülerbeförderungssatzung zumutbare , umwegigere Fahrmöglichkeiten vorhanden. Prüfung baulicher Maßnahmen an Abzweigung durch Amt 31, ansonsten eventuell Ampel zum überqueren der Straße.	
18	UVA	Die Grünen Anl. 9/7	DEZ 4 / 41	Schaffung durchgehender Fischdurchgängigkeit in den Gewässern des Landkreises, speziell der Aich.	Liegt im Aufgabenbereich der Kommunen, nicht des Kreises	
19	UVA	Freie Wähler Anl. 6/14	AWB / Betriebsleitung	Erddeponievolumen im Landkreis: Es ist zu prüfen, ob im Bereich der Deponie Rübenloch in Leonberg östlich der Kreisstraße und südlich der Erschließungsstraße unbelastetes Erdmaterial eingebaut werden kann.	Wie bereits im UVA mit KT.Dr.Nr. 032/2014 berichtet, wird derzeit zusätzlich zum Abschluss von weiteren Verträgen zur Sicherung in den Steinbrüchen eine gutachterliche Untersuchung durchgeführt, um das gesamte Landkreisgebiet auf Standorte für weitere Erdaushub-deponien zu überprüfen. Es wird auch untersucht ob bestehende Deponien erweitert oder erhöht werden können. Dabei wird auch die ehemalige Deponie Rübenloch überprüft. Der AWB geht davon aus, dass das Gutachten am 09.03.2015 im UVA vorgestellt werden kann.	

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
20	UVA	Teilhabebeirat u. Kreissenorenrat	DEZ 3 / 30	Anhörung zur Fortschreibung Nahverkehrsplan Landkreis Böblingen: 1. Niederflurbusse: Bei der Neuvergabe der Buslinienbündel bis 2019 sollen nur noch Unternehmen zum Zuge kommen, die Niederflurbusse anbieten 2. Fahrgastinformationssystem: Dieses soll nach dem Vorbild Reutlingens um weitere Symbole und Farben zur besseren Orientierung der Fahrgäste erweitert werden. 3. Fahrpläne: In den Plänen soll konkret auf den Einsatz von Niederflurfahrzeugen hingewiesen werden, ergänzend sollen die Fahrpläne mit größerer Schrift versehen werden. 4. Haltestellen: Forderung nach flächendeckendem Umbau von barrierefreien Haltestellen.	erledigt durch KT-Drucks. 180/2014	
21	UVA	FDP Anl. 10 Nr. 7	AWB / Betriebsleitung	Erneute Werbeaktion für die orangefarbene Tonne .	Der AWB wird über Öffentlichkeitsarbeit erneut versuchen die Akzeptanz für die orangefarbene Tonne in der Bevölkerung zu erhöhen.	
22	VFA/JBA	Freie Wähler Anl. 6/7	DEZ 2 / 20	Entwicklung der Schülerzahlen an verschiedenen Kreisschulen / Inklusion: 1. Bericht über den Rückgang der Schülerzahlen: Konsequenzen und Erstellung eines Schulentwicklungsplanes 2. Inklusion von behinderten Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Kreisschulen: Beteiligung des Landes an speziellen Kostenzuschüssen.	Erstellung eines Schulentwicklungsplans für die beruflichen Schulen ist in der JBA-Sitzung am 24.11.2014 beschlossen worden. Ein schriftlicher Bericht zu Nr. 2 wird für das Frühjahr 2015 zugesgt.	
23	VFA/JBA	Freie Wähler Anl. 6/13 Nr. 1 und Nr. 3	DEZ 2 / 20	Finanzierung der freien Träger der Jugendhilfe: 1. Der Kreis prüft in welcher Form er die freien Träger der Jugendhilfe durch die veränderte Vergabepaxis leiden, finanziell stützen kann. Ein detaillierter Bericht ist vorzulegen. 2. Es ist zu prüfen, ob ein teilweiser Ausgleich durch Aufträge im Bereich Flüchtlingsbetreuung erfolgen kann.	Die Verwaltung greift die Anregung auf und hat bereits einen Vorschlag für eine einmalige Ausgleichszahlung an die Jugendhilfteträger ausgearbeitet, der nichtöffentlich im VFA am 02.12. zur Beschlussfassung eingebracht wird. Eine Prüfung mit Blick auf den Flüchtlingsbereich wird zugesagt.	
24	VFA/JBA	SPD Anl. 8/1 und FDP	DEZ 2 / 20	SPD: Regelmäßiger Bericht über die Entwicklung der Jugendhilfe unter Anhörung der Freien Träger FDP: Bericht zum Antrag der Freien Träger,inwieweit sich die derzeitige Umgestaltung im Bereich Jugendsozialarbeit in das Projekt Schulverweigerung/-absentismus integrieren lässt	Regelmäßige Berichte über die Entwicklung der Jugendhilfe unter Anhörung der Freien Träger wird zugesagt. Es wird versucht, das Schulverweigerungsprojekt in eine Kreisförderung der Schulsozialarbeit hereinzunehmen, sofern dieser Verwaltungsantrag eine Mehrheit findet.	
25	JBA	FDP Anl. 10 Nr. 4	DEZ 2 / 20	Bericht über den Stand der IT-Ausstattung an den Kreisschulen sowohl für Schüler wie Lehrer aowie über die Qualität und Quantität der Anbindung der Schulen an Breitband oder ander Zugänge im Internet.	Ein schriftlicher Bericht wird zugesagt.	
26	SGA	CDU Anl.7/9	KVSW	Strukturelle Maßnahmen in den Kliniken: Darstellung der Umsetzung der Umstrukturierungsmaßnahmen in den Klinikgesellschaften	Zukünftig wird im Kreistag regelmäßig über die weiteren Entwicklungen berichtet.	
27	VFA/SGA	SPD 8/1	DEZ 2 / 21	Einrichtung "Runder Tisch Flüchtlinge"	Wird zugesagt.	
28	VFA/SGA	Die Grünen 9/1	DEZ 2 / 21	Einberufung eines kommunalen Flüchtlingsgipfels: 1. Späteste Einberufung 1. Quartal 2015 2. Effektive und zeitsparende Informationsweitergabe an die ehrenamtlichen Gruppen in den Kommunen 3. Kreisweite solidarische Aufnahme von Flüchtlingen, sowohl für Unterkünfte der Erstaufnahme , als auch für die Folgeunterbringung. 4. Es sollten Wege und Möglichkeiten für einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt für die Flüchtlinge entwickelt werden.	Wird zugesagt.	